

Cannabis legalisieren

Weiterleitung SPD-Bundestagsfraktion

Die KölnSPD begrüßt den Beschluss der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, in Form von Modellprojekten eine Legalisierung von Cannabis zu prüfen. Darüber hinaus fordern wir von der Bundestagsfraktion, sich für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis für Erwachsene einzusetzen.

Wir sprechen uns für eine kontrollierte und bedachte Legalisierung von Konsum, Anbau und Handel von Cannabis für Erwachsene.

Hierzu soll der Besitz von bis zu drei weiblichen Cannabispflanzen für den Eigenbedarf erlaubt werden. Erwachsene können daneben Cannabis in sogenannten Cannabisfachgeschäften erwerben.

Die gesamte Handelskette für Cannabis (Anbau, Großhandel, Import/Export, Einzelhandel, Transport, Verarbeitung) soll dafür strengen behördlichen Auflagen und Kontrollen unterliegen.

Den Produkten sollen dafür Angaben über die Inhaltsstoffe, die Konzentration der Wirkstoffe, umfangreiche Beipackzettel, Warnhinweise und Qualitätsstandards bei liegen. Für den Betrieb von Cannabisfachgeschäften verlangen wir spezielle Schulungen des Verkaufspersonals.

Für den Jugendschutz und den Konsum sowie für die Straf- und Bußgeldvorschriften sollen dieselben Regelungen wie für Tabak gelten, insbesondere in Hinsicht auf den Mindestabstand der Fachgeschäfte zu Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen, sowie ein Werbeverbot und Zugangskontrollen mit Altersnachweis. Die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr unter Einfluss von Cannabisprodukten ist nicht gestattet.

Die bestehende Verbotspolitik ist gescheitert. Und sie greift auch unverhältnismäßig in das Recht auf Selbstbestimmung erwachsener Konsument*innen ein, welche Cannabis in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewusst und verantwortungsvoll konsumieren. Die Erfahrungen mit der Legalisierung von Cannabis im internationalen Kontext, z.B. in einigen US-Bundesstaaten und den EU-Ländern Tschechien und Portugal belegen das.

Kriminalisierung und Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten führt zu keiner Abnahme von Cannabiskonsum respektive Cannabisdelikten. Die Polizei und Justiz sind mit diesen meist kleinen Delikten überlastet, deren strafrechtliche Verfahren in aller Regel eingestellt werden. Statt Millionen von Euro bei der Verfolgung junger Menschen auszugeben, könnte man viele sinnvolle Projekte finanzieren. Über die Besteuerung von Cannabisprodukten können jährlich bis zu zwei Milliarden Euro eingenommen werden, um damit die Aufklärung und Prävention zu unterstützen.

Andererseits bringt ein Verbot von Cannabis aber Rekordgewinne für den Schwarzmarkt und gefährdet obendrein die Gesundheit der Konsument*innen. Auf dem Schwarzmarkt verkauftes Cannabis ist oft von schlechter Qualität oder mit gefährlichen Substanzen gestreckt, wie z.B. mit Blei oder Glasstaub. Durch die Legalisierung kann dem Schwarzmarkt seine Grundlage entzogen und der Verbraucher*innenschutz gestärkt werden. Auch der Mythos der speziellen „Einstiegsdroge Cannabis“ ist längst widerlegt. Cannabis ist in weiten Teilen vergleichbar mit anderen, bereits legalen Drogen wie etwa Alkohol oder Zigaretten und sollte nicht anders behandelt werden.

Das Ziel ist nicht, den Drogenkonsum zu befördern, sondern einem gesellschaftlichen Problem mit einem anderen Lösungsansatz zu begegnen und sich dabei stärker an der Lebenswirklichkeit zu orientieren als bisher.

Deswegen braucht es ein Umdenken in der Cannabispolitik!